

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Beilage
„Unsere Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage
„Feierstunden“

Veröffentlichung, Druck und Verlag von G. W. Zeller in Nagold

Sechsteilige Zeitung im
Oberamtsbezirk. — An-
zeigen sind billig und
besonders günstig.

Die Redaktion ist in
Nagold, Hauptstraße 10,
Telefon 111. Die Druck-
erei befindet sich in
Nagold, Hauptstraße 10,
Telefon 111.

Telegraphische Adressen:
Gesellschafter Nagold.

Postfachnummer:
Nagold 5113.

Nr. 213

Gegründet 1826.

Mittwoch den 10. September 1924

Preis pro Nr. 20.

98. Jahrgang

Tagespiegel

Der demokratische Parteitag des Wahlkreises Köln und Baden forderte die Parteileitung auf, sich gegen die Wählung eines bürgerlichen Mandats einzusetzen. Ein Bürgerwahl ohne Sozialdemokratie würde eine ernste Bedrohung der republikanischen Verfassung bedeuten.

Bei der Rahmenvorwahl der Vereinigten Verbände heimatischer Oberlehrer wurde eine Entschließung gefasst, die auf die Unhaltbarkeit der durch die unzulässige Grenzüberziehung in Pommern-Oberpreußen geschaffenen Zustände hinweist. Die Lehren der Oberlehrer werden immer größer; ganz Oberpreußen müßte wieder mit Deutschland vereinigt werden.

In einer stürmischen Sitzung des Ausschusses für Bevölkerungsanstausch wurde eine Regelung getroffen. Die türkischen Vertreter sind erbittert, daß die neutralen Vertreter den griechischen Standpunkt unterstützen. Es ist eine ernste Spannung entstanden. — Es handelt sich bekanntlich darum, die mohammedanisch-türkische Bevölkerung aus den Griechisch-Inselpartien nach Kleinasien zu überführen, dagegen die Griechen aus dem noch türkischen Gebiet nach Griechenland zurückzuführen. In Konstantinopel selbst sollen die dort sehr unbeliebten Griechen bleiben.

Aber Belgrad bringen italienische Blätter die Befürchtung, daß Rußland zu einem Kampf rüste, und sie fragen, gegen wen die Rüstungen beschliffen seien. Es wird angeführt, Rußland wolle einen Druck auf die Türkei ausüben und von Rumänien freien Durchgang nach Bulgarien erlangen, um dort die Revolution der Kommunisten und Bauern durchzuführen.

Die Revolution in China

Von Dr. Friedrich Otte

Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Peking

Der Ausbruch der Kämpfe an der Yangtsiemündung zwischen Lu Hung-shang, dem Militärgouverneur der Provinz Szechuan, und Chi Hsieh-pian, dem Militärgouverneur der Provinz Kwangsi an der Mündung von Chinas Riesensystem, bedeutet nicht den Ausbruch einer neuen Revolution, sondern die Fortsetzung der innerpolitischen Kämpfe, die China seit nunmehr dreißig Jahren zerreißt. Es sind doch gewisse Grundrichtungen zu erkennen, die sich in dem Durcheinander behaupten und die Geburt einer neuen Zeit bedeuten, die für China heraufdämmert.

Die Revolution von 1911 war gegen das Kaiserhaus der Mandchus gerichtet. Die revolutionäre Kraft lieferten die demokratischen Ideen, die von den im Ausland herangebildeten und mit den Zuständen in ihrem Vaterland unzufriedenen Studenten und Auswanderern in China eingeführt wurden. Diese Ideen müßten siegen, weil das Kaiserhaus der Mandchus jegliche innere Kraft verloren hatte. Das mittelalterliche China konnte in der neuen Welt der westlichen und technischen Zivilisationsorganisation sich nicht länger halten. Einen Vorläufer hatte diese Revolution bereits in einem Putsch, der von Sun Yat-sen, dem Vater der chinesischen Revolution, an der chinesisch-tongkinesischen Grenze im Jahre 1908 eingeleitet war. Ein ähnliches Spiel wiederholte sich 1911. Diesmal wurde die Monarchie beseitigt. Sie hatte seit 1842, also seit dem Opiumkrieg, nur Niederlagen erlitten und selbst der einfache Mann war überzeugt, daß der Himmel dem Kaiserhaus keine Unterstützung entgegen habe. Seit dieser Zeit ist der monarchische Gedanke in China noch außen hin tot, lebt aber, wie man häufig durch Unterhaltungen mit Männern aus dem Volk feststellen kann, weiter fort in dem Glauben an das Erscheinen einer rettenden Persönlichkeit.

Nach der Beseitigung der Monarchie war das angestrebte Ziel der revolutionären Partei nach damaliger Auffassung zwar erreicht, zugleich aber stand man neuen Aufgaben gegenüber, und die Schwierigkeiten begannen erst. Die politische Nachbesserung der Republik nach außen hin war gescheitert. Die Verschuldung stetig. Zugleich entstanden Strömungen, die mit demokratischen Gedanken gingen — wie man sie dem Volk vorgetragen hatte —, wenig oder nichts zu tun hatten. Yuan Shih-ai schob Yat-sen beiseite und schuf in den verschiedenen Provinzen Posten für Militärgouverneure, vielleicht in der geheimen Absicht, den Aufstieg Kalkül durchzuführen für sich vorzubereiten. Seine Umklammerung an der außenpolitischen Schwäche des Landes, die eben auch seine eigene war. Er verstand nicht, die Einrichtung der Militärgouverneure blieb aber trotz Parlamentarismus in den Provinzen und in der Hauptstadt wurde die Macht der Militärgouverneure von Jahr zu Jahr, und alles, was wir an Zusammenstößen innerhalb des Reiches seit der Zeit immer wieder erleben haben, ist ein Kampf zwischen diesen Machthabern in den Provinzen. Gelingen unter ihnen nehmen eine bedeutendere Stellung ein als andere; sie werden gefürchtet von manchen Nachbarn, die Ansehen suchen und nicht allein

Am liebsten verständlich wird der gegenwärtige innerpolitische Zustand Chinas, wenn man die Machtverhältnisse vom Standpunkt der physikalischen Geographie aus erörtert. In der Mandchurie herrscht — dies Wort ist immer einzuschließen zu verstehen in China, dem Land der Kompromissen —, jetzt Chang Tso-lin und sein Anhang. Das Zentralgebiet, die gewaltigen Flusstäler des Gelben Flusses und des Yangtsi, liegt unter dem Einfluß von Wu Pei-shu. Sein Einfluß erstreckt sich also über zwei Drittel des eigentlichen China. Er und Chang Tso-lin sind gegenüber die mächtigsten Persönlichkeiten unter den Militärgouverneuren. Nächstes wären zu nennen Tan C Chi-gao, der unangreifbar und unabhängig in Chinas westlichster Provinz Kansu ist, aber andererseits auch nicht über genügende Machtmittel verfügt, um von dort aus seine Macht nach Osten hin ausdehnen zu können. Hinnan ist Bergland, ursprünglich und seit 1909 wirtschaftlich an das französische Tongking angegliedert durch die Hännanbahn, mit den Endpunkten Hinnanfu, Hauptstadt von Hinnan, und Hanoi, Hauptorten von Tongking. Tang Chi-gao wäre als Stern zweiter Größe zu bezeichnen, ebenso der Revolutionsführer Sun Yat-sen, dem zur Zeit Teilgebiete der Provinz Kwangtung unterstehen. Weiterhin zeigen und zeigen eine gewisse Unabhängigkeit den größeren Machthabern gegenüber die durch Bergketten vom inneren China getrennten zwei Provinzen an der südlichen Küste, nämlich Fokien mit der Hauptstadt Futschu und nördlich davon Tschekiana mit der Hauptstadt Hananfu (Schreibweise ist Fookow und Hangchow). Die Zustände in der Provinz Fokien sind seit zwei Jahren ziemlich verworren. Damals hatte Wu Pei-shu die Provinz durch einen seiner Anhänger erobern lassen. Es war ihm nun zwar gelungen, den dortigen Machthaber zu verjagen, aber er selbst konnte nicht an seine Stelle treten und verschiedene Generale übten Teilgewalt aus.

Anders indessen lagen die Verhältnisse in der Provinz Tschekiana, in der Lu Hung-shang herrscht, dessen Name legiert in den Telegrammen häufig genannt wurde und auf dessen Veranlassung der Kampf an der Yangtsiemündung und um die Yangtsiemündung ansetzeln zurückzuführen ist. Lu Hung-shang hätte vor zwei Jahren selbst die Herrschaft über die Nachbarprovinz gern mit hinzubekommen. Er empfand, daß er von Süden und Norden von Wu Pei-shu umschlossen und umklammert wurde; er nahm an, daß ihm ein ähnliches Schicksal wie dem Militärgouverneur von Fokien beschieden sein werde; er rüstete. Seine Truppen haben in dem Lu, gut organisiert und diszipliniert zu sein. Zugleich suchte er Anlehnung an Chang Tso-lin, den Militärgouverneur der Mandchurie. Immer wieder tauchten in der Presse Nachrichten auf von gegenseitigen Freundschaftsbesprechungen bei Geburtstagen und sonstigen Familienversammlungen. Das bedeutete aber Feindschaft gegen Wu Pei-shu und seinen Anhänger Chi Hsieh-pian in Hankang, den Militärgouverneur von Kwangsi. Im weiteren Sinn bedeutet der Beginn der Kämpfe an der Yangtsiemündung die neuerliche Verschärfung des Gegensatzes zwischen Wu Pei-shu und Chang Tso-lin, der seit Chang Tso-lins Niederlage 1921 unüberbrückbar scheint. Bereits im vorigen Jahr erwartete man den Ausbruch der Auseinandersetzung an der Yangtsiemündung, aber es gelang der chinesischen Kaufmannschaft in Shanghai und anderen Vermittlern noch, beschwichtigend einzugreifen und beide Gegner, Chi und Lu, zu einem Friedensvertrag zu überreden; wie die gegenwärtigen Ereignisse beweisen, war der Erfolg nur ein vorübergehender.

Der diesjährige Ausbruch der Kämpfe — Kämpfe haben seit 1911 jährlich stattgefunden — ist insofern von Bedeutung, als das betroffene Gebiet in nächster Nähe von Shanghai liegt, dem Haupthandelsplatz des fernsten Ostens. Die Störung des Handels, die schon seit Jahren nunmehr in Shanghai beobachtet wird, ist mit zurückzuführen auf das Mißtrauen der Kaufmannschaft, die in den letzten Jahren zwischen den politischen Machthabern der nächsten Umgebung natürlich mit in Rechnung stellte. Weiterhin muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß der Kampf ihrer Anhänger auch die beiden größten inneren Wirtschaftszentren Chinas, Wu Pei-shu und Chang Tso-lin, mit auf den Plan rufen kann, in welchem Fall auch in Nordchina Kämpfe zu erwarten wären. Aber im allgemeinen üben die Vorgänge in Südchina nur einen einschneidenden Einfluß auf Mittel- und Nordchina aus. China ist eben ein Land von kontinentaler Größe.

Neue Nachrichten

Wichtige Beratungen in Berlin

Berlin, 9. Sept. Wie verlautet, wird Reichsforscher Rat am Donnerstag in Berlin erwartet. Anfangs nächster Woche soll ein Kabinettsrat stattfinden, um über den Widerruf der Schulbüchse zu entscheiden und die Frage des Beitritts zum Völkerbund zu beraten. Die Rückkehr Stresemanns steht noch nicht fest.

Der englische Staatssekretär legte, er sei überwältigt von der Größe der Aufgaben und der Leistungen des Völkerbunds. Wenn Hamans behauptet habe, der Völkerbund

habe auf den Schiedsgerichtshof keinen Einfluß, so ist das nicht richtig; der Völkerbund habe doch die Geldmittel für den Gerichtshof zu bewilligen. (1) Der Völkerbund tue rechtlich auf die Kraft der öffentlichen Meinung zu wirken.

Nebenkräfte in Genf

Berlin, 9. Sept. Wie den Pariser Blättern aus Genf gemeldet wird, hatten die deutschen Positionen durch den Verzicht Prof. W. Förster, Gumpel und Graf Harry Kessler eine Unterbrechung mit Herriot. Graf Kessler hat in der ihm geleiteten „Welt am Montag“ behauptet, Kessler sei vom Auswärtigen Amt in Berlin als amtlicher Beobachter nach Genf geschickt worden. Das Blatt Stresemanns, die „Zeit“, stellt demgegenüber fest, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort ist und daß Kessler keine Berechtigung habe, sich in Genf als eine Art amtlicher Vertretung anzuschreiben.

Nach den „Bayerischen Nachrichten“ hält sich in Genf auch der Sonderbinder Matthes aus Düsseldorf auf. Das Blatt fragt, wie und durch welche Begünstigung dieser schwerer Zeitgenosse zur Schweizerischen Einreise erlaubnis gekommen sei, und wie es kommt, daß Matthes in Genf mit Hilfe der französischen Militärpolizei seine Umtriebe fortsetzt. General Degoutte kümmere sich also um die „Friedensarbeiten“ Herriots nicht und arbeite durch Matthes und Genossen noch wie vor auf die Abtrennung des Rheinlands hin.

Frankzösische Militäranlagen in der Pfalz

Speyer, 9. Sept. Die französische Befehlungsbehörde hat, wie verlautet, von den Verwaltungen der Stadt Speyer und der Gemeinde Dudenhofen bei Speyer die Berechtigung eines umfangreichen Bombenabwurfplatzes in den Wäldern Dudenhofen verlangt. Dadurch wird die Niederlegung eines großen Waldbestandes notwendig, auch ist eine sehr bedeutende Sicherheitszone erforderlich. Ferner verlautet, daß die französische Besatzung beabsichtigt, einen Schießplatz bei Speyer erheblich zu vergrößern.

Aufhebung der Zollgrenze

Karlsruhe, 9. Sept. Gestern abend erst ist der letzte Eisenbahnzug an der Rheinbrücke von Mainz durch französische Zollbeamte durchwacht worden. Die Zollgrenze am Karlsruher Hafengebiet ist heute aufgehoben worden. Die französischen Truppen, die das Hafengebiet selber besetzt hielten, werden aber frühestens am 9. September zurückgezogen.

In den Verhandlungen der Vertreter der Reichsregierung mit der Rheinlandkommission wurde vereinbart, daß die Kommission „in Kürze“ die Rückkehr der seit 11. Januar 1923 aus dem abgetrennten Gebiet Ausgewiesenen gestatten wird, mit bestimmten Ausnahmen. Für das neu besetzte Gebiet hat General Degoutte die allgemeine Rückkehr bis auf 6 Beamte erlaubt.

Vom Völkerbund

Genf, 9. Sept. Die heutige Sitzung des Völkerbunds war erheblich schwächer besucht als die vorherigen. Die Teilnahme ist abgenommen, die sechs Ausschüsse sind nun an der Arbeit, um die ihnen übertragenen Arbeiten auszuführen. In der allgemeinen Versammlung sprach der Vertreter Ungarns, der Vizepräsident, hauptsächlich für den Schutz der Kinderheiten, der für Ungarn von großer Bedeutung sei. Der norwegische Vertreter Lange wünschte, daß vom Völkerbundssekretariat wieder wie früher die Stimmen der Welt über die Völkerbundsberatungen aufgelegt werden, die für die Völkerbundsmitglieder sowohl wie für die Vertreter der Presse so bedeutsam seien. Außerdem solle eine Stelle geschaffen werden, die Wünsche, Beschwerden und Anregungen von Privatbürgern, die außerhalb der Regierungen stehen, entgegennehme, damit der Völkerbund eine größere Fühlung mit der öffentlichen Meinung der Welt gewinnen könne.

Mac Donalds sein Ende kommen

London, 9. Sept. Auf der Reise nach Schottland hielt Mac Donald auf dem Bahnhof in Newcastle eine Rede, in der er sagte, daß die Rumoren unvernünftig geworden seien. In Dundee sagte er, die Verhältnisse in England seien so unklar geworden, daß sich ein Ministerpräsident wohl nicht länger als ein Jahr werde behaupten können.

Mittelbare Kriegsschädigung

London, 9. Sept. Nach amtlicher Mitteilung sind an militärische Staatsangehörige bisher etwa 70 Millionen (1400 Millionen Goldmark) ausgezahlt worden, davon 24 Millionen Sterling in bar von der deutschen Reichsregierung und 46 Millionen durch Beschlagnahme deutschen Eigentums in England. (Das beschlagene deutsche Eigentum, mit Schiffen, Häfen, Fabriken, Möbel, Grundstücke, Firmen in den Kolonien usw. wurde von der englischen Regierung zu Spottpreisen verkauft, man darf daher die 46 Mill. Pfd. Sterling nach ihrem wahren Wert mindestens verdreifachen.)

Amerikas Stellung zu Abrüstung und Schiedsgericht

London, 9. Sept. Von einer Stelle, die dem Präsidenten



